

Rede auf der Veranstaltung

„Die vergessenen Opfer der Atomwaffentests im Pazifik“ anlässlich des Hiroshima-Gedenktages am 6. August 2021

Lisann Drews (ICAN/IPPNW Hamburg)

Meine Damen und Herren,
liebe Frau Fegebank,
liebe friedensbewegte Freundinnen und Freunde,

heute gedenken wir dem Tag des Abwurfes der amerikanischen Atombombe mit dem zynischen Namen „little Boy“ auf die japanische Stadt Hiroshima am 6. August 1945. Um 8:15 Uhr und 17 Sekunden Ortszeit wurde die Bombe in 580 m Höhe über der Stadt Hiroshima gezündet, durch die Explosionskraft von 12,5 Kilotonnen waren in einem Umkreis von einem halben Kilometer 90 % der Menschen sofort tot. Am ersten Tag starben nach konservativen Schätzungen 45.000 Menschen an von Druckwellen zerstörten Organen, Verbrennungen und Erstickungen. Die Gesamtzahl der Opfer wird auf etwa 136.000 geschätzt.

Dies sind erschreckende aber auch trockene Zahlen, die wir jährlich wiederholen und kaum eine oder einer von uns wird sich die Dimension dieser Zerstörung vorstellen können. Vielleicht wird die Dramatik uns allen vorstellbarer, wenn wir ein zugegeben erschreckendes Gedankenspiel wagen und uns vorstellen, es hätte damals nicht Hiroshima, sondern eine uns vertraute Stadt, die Hansestadt Hamburg getroffen. Tatsächlich hat es nämlich 1945 Alternativpläne der US-Regierung gegeben, die erste Atombombe auf eine deutsche Stadt, konkreter Dresden oder Hamburg zu werfen. Lediglich die Tatsache, dass die deutschen Städte zum Großteil schon durch Feuerstürme zerstört worden waren, hielt die US-Regierung damals auf, hier ihr tödliches Experiment zu wagen. Sie wollten dafür eine noch unversehrte Stadt mit noch unverletzten Einwohnern, um das gesamte Ausmaß der Zerstörungskraft einer Atombombe unverfälscht sichtbar zu machen. Das noch unversehrte Hiroshima entsprach verheerenderweise diesen Kriterien, aber es hätte auch anders kommen können.

Stellen wir uns nun einmal vor, die Bombe von damals hätte Hamburg in seinem Kern getroffen, z.B. hätte man sie über dem Jungfernstieg abgeworfen. In einem Umkreis von 1 Kilometer, also vom Jungfernstieg zum Hauptbahnhof, vom Jungfernstieg bis zum Dammtor, vom Jungfernstieg bis hin zum Michel wären nahezu alle Gebäude zerstört worden. Die Wahrscheinlichkeit, dass dieses Hamburg-Haus noch stehen würde, hätte bei weniger als 20 % gelegen. Viel schlimmer noch, am ersten Tag nach der Explosion hätten ca. 60 % der Hamburgerinnen und Hamburger innerhalb dieses Umkreises ihr Leben verloren, 90 % aller sich dort aufhaltenden Menschen wären Tage, Wochen bis Monate oder sogar Jahre noch danach an den Folgen verstorben. Und das Sterben hätte nicht an dieser Grenze aufgehört, auch in weiterem Umkreis wäre die Umwelt verstrahlt worden, kranke Kinder wären über Jahre hinweg zur Welt gekommen und auch folgende Generationen wären noch von erhöhten Krebsraten betroffen. Und schlimmer noch als bei anderen Katastrophen, Flut- oder Feuerkatastrophen etwa oder bei einem Erdbeben, wäre die Hilflosigkeit nach so einer atomaren Katastrophe mit Abstand am höchsten. Hilfs- und Rettungskräfte, Ärztinnen oder Ärzte, wären entweder selbst unmittelbar verstorben oder verwundet worden oder es wäre ihnen aufgrund der Strahlenbelastung nicht möglich, in das betroffene Gebiet zu gehen und den Menschen zu helfen, ohne selbst Schaden zu nehmen. Stellen Sie sich einmal diesen

Augenblick größter Zerstörung, Gewalt und Leid inmitten Hamburgs Zentrum vor- und niemand wäre da, um zu helfen.

Nun hat es nicht Hamburg getroffen, aber vielleicht hat dieses Gedankenspiel geholfen, um sich bewusst zu machen, was zwei anderen Städten in Japan, die ebenfalls Hafenstädte waren und die ebenfalls Hunderttausende Menschen, Familien, Kinder ihr Zuhause nannten widerfahren ist: Hiroshima und einige Tage später Nagasaki.

Ob es nun eine Stadt wie Hiroshima trifft oder eine Stadt wie Hamburg oder jede andere Stadt der Welt – die Folgen eines heutigen Atombombenabwurfes wären noch sehr viel schlimmer als es damals schon war. Die modernen Atombomben, auch die, die in Deutschland in Büchel gelagert sind, haben ein vielfaches der Sprengkraft der damaligen Hiroshimabombe. Das Ausmaß der Zerstörung einer solchen Bombe mit Auswirkung nicht nur auf die direkt betroffenen Menschen, sondern die auch damit einhergehende Strahlenbelastung über Generationen und für Umwelt und Natur ist so grauenvoll, dass ein zweites Hiroshima in der Zukunft – nah wie fern – unbedingt verhindert werden muss. Und keine Stadt, kein Staat, kein Staatenverbund und auch keine Internationale Organisation kann überhaupt die bei so einer humanitären Katastrophe benötigten Kapazitäten aufbringen. Auch hier würde Hilflosigkeit herrschen.

Aus der tiefen Besorgnis über die möglichen katastrophalen Folgen eines erneuten Atomwaffeneinsatzes heraus, der heutzutage wahrscheinlicher denn je erscheint, veröffentlichten 159 Staaten der internationalen Staatengemeinschaft 2015 folgende Erklärung:

„Es ist im Interesse des Überlebens der Menschheit, dass Atomwaffen unter keinen Umständen wieder eingesetzt werden“. Dies ging als ein humanitärer Imperativ in die Geschichte ein – nie haben sich so viele Staaten auf ein gemeinsames, substantielles Statement geeinigt. Die humanitäre Dimension sollte demzufolge den Kern des Atomwaffendiskurses bilden. Da unter dem bis dato bestehenden Atomwaffensperrvertrag nur jahrzehntelange Tatenlosigkeit geherrscht hatte, unterzeichneten 122 Staaten schließlich im Jahre 2017 den Atomwaffenverbotsvertrag, aus dem Bedürfnis heraus, in einer Welt ohne Atomwaffenbedrohung leben zu wollen. Der Vertrag, der Anfang dieses Jahres schließlich in Kraft trat, verbietet den Unterzeichnerstaaten unter anderem die Durchführung von Atomwaffentests, Entwicklung, Produktion, Besitz, Stationierung, Weitergabe sowie den Einsatz von und die Drohung mit Atomwaffen.

Leider können wir auch in diesem Jahr noch nicht freudig verkünden, dass Deutschland den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnet habe. Stetig fordern wir von der IPPNW und von ICAN, es der Mehrheit der Staaten dieser Welt gleich zu tun und dem Vertrag beizutreten. Es sollte schließlich im Interesse einer jeden Regierung liegen, ihre Bevölkerung vor so einer immensen und gleichzeitig leicht zu bannenden Gefahr zu beschützen. Die deutsche Beteiligung an Atomwaffenübungen und die Stationierung von Atomwaffen wie derzeit in Büchel sind Aktivitäten, die unter dem Atomwaffenverbotsvertrag verboten sind. Damit ist die deutsche Politik was Massenvernichtungswaffen angeht eindeutig konträr zur Haltung der meisten Staaten weltweit.

Aber nicht nur die Bundesregierung hat hier eine große Verantwortung, auch die Städte und Kommunen müssen ihre Einwohner*innen schützen. Ein Atomwaffenabwurf würde zu größter Wahrscheinlichkeit

über einer Stadt oder einer bevölkerungsreichen Region geschehen – dies muss verhindert werden und der Atomwaffenverbotsvertrag bietet hierfür das geeignete Tool.

Wir von IPPNW und ICAN waren bereits sehr glücklich über den Bürgerschaftsentschluss 2020, durch den Hamburg dem Städteappell beitrug, Sie, Frau Fegebank und Ihre Mitarbeiter*innen haben hier einen wesentlichen Einfluss gehabt. Dies waren alles sehr zu begrüßende Schritte auf dem Weg zu einer atomwaffenfreien Welt. *„Die Bürgerschaft teilt die tiefe Sorge über die katastrophalen humanitären Auswirkungen jeglichen Gebrauchs von Atomwaffen und erkennt die dringende Notwendigkeit an, diese unmenschlichen und abscheulichen Waffen zu vernichten.“* Diesen Satz unterzeichnete die hamburgische Bürgerschaft im Januar 2020 und sollte sich nun aber nicht auf diesen Worten ausruhen, denn Taten zählen bekanntlich mehr als Worte. Hamburg muss an seine Nachbarstädte und -kommunen appellieren, ihrer Verantwortung ebenfalls nachzukommen. Denn eine Atomkatastrophe macht vor keinen Stadt- oder Landesgrenzen halt.

Wir bitten weiterhin um die Unterstützung der Stadt beim ständigen Appell an die Bundesregierung, diese und die folgende, mindestens in der Funktion als Beobachter an der Staatenkonferenz 2022 des Atomwaffenverbotsvertrags in Wien teilzunehmen. Vom 14. Bis 22. Januar 2022 findet nämlich zum ersten Mal eine Konferenz aller Staaten, die den Atomwaffenverbotsvertrag unterschrieben haben, in der Hauptstadt unserer Nachbarlands Österreichs, das bereits unterschrieben hat, statt. Deutschland sollte ein Zeichen setzen und an dem Treffen teilnehmen.

Und in der Folge dann zu einem Unterzeichnerland werden, die noch in Deutschland stationierten Atomwaffen müssen außerdem abgezogen werden, das sind unsere Forderungen. Immer in Gedenken an die vielen Geschädigten in Hiroshima, aber auch in Nagasaki und all den anderen Orten der Welt, in denen Atomwaffentests durchgeführt worden sind und wo unschuldige Menschen zu Opfern wurden. Hier und heute werden wir ihre Geschichten hören und hoffentlich aus der Vergangenheit lernen und unsere Kraft dafür einsetzen, weitere solcher Katastrophen zu verhindern. Vielen Dank.